

Antrag

Hannover, den 03.12.2024

Fraktion der AfD

Den islamistischen Extremismus bekämpfen, die jüdische Bevölkerung schützen, die Finanzierung islamistisch-extremistischer Organisationen offenlegen und weiterer Eskalation vorbeugen!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Am 7. Oktober 2023 töteten Terroristen der radikal-islamistischen Hamas und anderer Gruppen mehr als 1 200 Menschen in Israel und verschleppten etwa 250 weitere als Geiseln in den Gazastreifen.¹ Dies war das schlimmste Verbrechen an Juden seit dem Ende des Holocaust. In der Folge brach der Gaza-Krieg aus, der bis heute andauert. Seither kommt es weltweit, und auch in Niedersachsen, vermehrt zu antisemitischen Vorfällen, wie etwa am ersten Jahrestag des Überfalls der Terroristen auf Israel. Bei Demonstrationen in Hannover anlässlich dieses Ereignisses kam es neben antijüdischen Provokationen und Straftaten, wie Angriffe auf Polizeibeamte, auch zur Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen.²

Der Erkenntnis, dass der Überfall der Hamas ein brutales Verbrechen war, wie sie der Ministerpräsident richtigerweise äußerte, müssen angesichts der fortdauernden Vorfälle in Niedersachsen mit antiisraelischen und antideutschen Parolen und Bedrohungen auf pro-palästinensischen Kundgebungen allerdings auch konkrete Maßnahmen folgen, um unsere jüdischen und auch alle anderen Bürger in Niedersachsen und den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat zu schützen.

Die große Diskrepanz zwischen offiziellen Verlautbarungen wie solchen, dass Antisemitismus und blinder Israel-Hass niemals hingenommen würden, und dem tatsächlichen Handeln danach, ist auch in Niedersachsen unübersehbar. Oftmals verkommen emotional vorgetragene Bekenntnisse zu leeren Worthülsen, denen keine Taten folgen.

Währenddessen wird auf Demonstrationen bisweilen gar die Einführung eines Kalifats gefordert, und in Amsterdam ist es am Vortag des Jahrestages der Pogromnacht zu Hetzjagden auf jüdische Touristen und Fußballfans gekommen. In der niedersächsischen Landeshauptstadt wurde diese Hetzjagd von einem Sprecher auf einer pro-palästinensischen Demonstration begrüßt und zur Nachahmung empfohlen. Eine Auflösung der Demonstration hatte dies nicht zur Folge. Der muslimische Antisemitismus wird von der Landesregierung zwar mündlich verurteilt, aber weitgehend tatenlos hingenommen. Der in letzter Zeit immer aggressiver auftretende migrantische Judenhass trifft lediglich auf einen Widerstand der Worte, aber auf keinen Widerstand durch Taten.

Neben Juden trifft es auch andere religiöse und ethnische Minderheiten. Derzeit sehen wir uns auf deutschen Straßen mit Schlachtrufen, Symbolen und Porträts von Hetzern gegen alle Nicht-Sunniten konfrontiert, unter denen Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern schwerste Verbrechen bis hin zu Genoziden erleiden mussten. Aufmärsche wie in Düsseldorf, wo unmittelbar nach dem Vormarsch syrischer Dschihadistengruppen in Nordsyrien dieser verherrlicht und gefeiert wird, der insbesondere Christen, Kurden und Jesiden in Todesangst versetzt und unzählige zivile Opfer gefordert hat, dürfen in Niedersachsen nicht geduldet werden. Diese islamistischen Umtriebe erfordern präventive Maßnahmen gegen radikale, aber auch vermeintlich gemäßigte Gruppierungen wie den niedersächsischen Landesverband des Zentralrats der Muslime in Deutschland, dem Verbindungen zu Akteuren nachgesagt wird, die in Syrien schwerste Kriegsverbrechen begehen.

¹ <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-hamas-was-am-7-oktober-geschah-100.html>

² <https://www.haz.de/lokales/hannover/israel-gedenkdemo-in-hannover-polizei-von-intifada-hannover-attakiert-OC67JXDVPNANJJVLBCFLVCQY6Y.html>

Der Landtag stellt fest:

- Der Landtag verurteilt die antijüdischen Provokationen und Straftaten bei den Gedenkveranstaltungen vom 7. Oktober dieses Jahres anlässlich des Hamas-Angriffes auf Israel am 7. Oktober 2023 auf das Schärfste.
- Die Landesregierung hat die Situation der Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch importierten islamistischen Extremismus und damit auch die Gefährdung für die in Niedersachsen lebende jüdische Bevölkerung und andere Minderheiten nicht hinreichend im Fokus.
- Der stattdessen durch die Landesregierung einseitig propagierte „Kampf gegen Rechts“, den auch Islamisten und Antisemiten im Kampf gegen eine „rechte“ israelische Regierung für sich in Anspruch nehmen, blendet aus rein ideologischen Gründen die tatsächlichen erheblichen Gefahren für die Demokratie und das friedliche Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen in Niedersachsen fahrlässig aus und richtet sich auch gegen Repräsentanten des jüdischen Staates, wie etwa dessen Botschafter.
- Der politische Islamismus verfolgt verschiedene Strategien, mit denen versucht wird, zunächst Teilbereiche der Gesellschaft zu manipulieren, um sie im Sinne der eigenen Weltanschauung zu ideologisieren. Ziel ist es dabei, allmählich die Umformung des demokratischen Rechtsstaats in einen islamistisch geprägten Staat umzusetzen.
- In Niedersachsen aktiven islamistischen Organisationen, die einen religiösen Allmachtsanspruch erheben und langfristig eine Abschaffung des säkularen Staates anstreben, müssen mit rechtsstaatlichen Mitteln klare Grenzen aufgezeigt werden.
- Die Mehrzahl der 960 Islamverbände in Deutschland ist Mitglied des größten bundesdeutschen Dachverbandes, der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V.“ (DITIB) und organisiert sich überwiegend als eingetragene Vereine.³ Daher gelten für diese nur begrenzte Transparenz- und Offenlegungspflichten. Der Möglichkeit der Verschleierung von Finanzströmen ist damit Tür und Tor geöffnet.
- Folgerichtig hat weder die Bundesregierung ausreichende Kenntnis über Finanzströme muslimischer Verbände in Deutschland bzw. gibt keine Auskunft darüber, noch weiß die Landesregierung, wie sich die Vermögenssituation (einschließlich Immobilienvermögen) der islamistischen Vereinigungen in Niedersachsen darstellt. Die Ablehnung der Einrichtung einer entsprechenden Enquetekommission zur Klärung dieser Fragen hat sich vor dem Hintergrund der Ereignisse als Fehler erwiesen.⁴
- Es ist davon auszugehen, dass sich die Islamverbände in Deutschland neben den öffentlichen Mitteln des Bundeshaushalts aus Eigenmitteln wie Spenden, Subventionierungen und insbesondere aus Zuwendungen aus dem Ausland finanzieren.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. die niedersächsischen Versammlungsbehörden zu sensibilisieren und anzuweisen, islamistische Demonstrationen, auf denen offen ein Kalifat gefordert oder zur Hetzjagd auf Bevölkerungsgruppen aufgerufen oder eine solche verharmlost wird bzw. dies zu erwarten ist, zu verbieten bzw. aufzulösen, und erforderlichenfalls das niedersächsische Versammlungsgesetz in dem Sinne zu verschärfen,
2. ein Verbot der Gruppe „Intifada Hannover“ und ihrer etwaigen Nebenorganisationen zu prüfen und gegebenenfalls durchzusetzen,
3. in der Innenministerkonferenz gegenüber der Bundesinnenministerin des Inneren und für Heimat darauf hinzuwirken, dass die Vereinigungen

³ <https://www.deutschlandfunk.de/handlungsempfehlungen-rechtliche-erkennung-des-islam-in-100.html>

⁴ https://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_19_05000/03501-04000/19-03981.pdf

- a) Muslimbruderschaft in Deutschland und ihre nachgeordneten Organisationen, wie beispielsweise die Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V. (DMG),
 - b) „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP),
 - c) „Muslim Interaktiv“, „Generation Islam“ und „Realität Islam“,
- soweit rechtssicher möglich, verboten werden, deren Vermögen beschlagnahmt wird und ihre Bildungsstätten geschlossen werden,
4. dem Landtag einen jährlichen Bericht über die Finanzierung islamistischer Vereinigungen in Niedersachsen vorzulegen, wobei insbesondere finanzielle Zuwendungen aus dem In- und Ausland, Finanzhilfen des Landes und des Bundes, Steuervergünstigungen sowie die Vermögenssituation inklusive des Immobilienvermögens beleuchtet werden,
 5. ein Programm für Radikalisierungsprävention an niedersächsischen Schulen ins Leben zu rufen, um einer islamistischen Radikalisierung von Jugendlichen frühzeitig entgegenzuwirken und
 6. die Förderung des in Osnabrück ansässigen Islamkollegs Deutschland e. V. mit Landesmitteln unverzüglich einzustellen, mindestens bis durch wirksame Prüfmechanismen sichergestellt ist, dass dort keine Personen mit islamistischem Gedankengut mehr ausgebildet werden.

Begründung

Deutschland und Niedersachsen sind im Zuge der kriegerischen Eskalation im Nahen Osten und der nach wie vor unkontrollierten und illegalen Massenmigration aus islamisch geprägten Ländern von Auswirkungen betroffen, auf die unser Rechtsstaat so schnell wie möglich eine klare Antwort finden muss. Die Versammlungen und Demonstrationen pro-palästinensischer Gruppierungen, insbesondere nach dem 7. Oktober 2023, bei denen nicht nur das Existenzrecht Israels infrage gestellt, sondern auch die Abschaffung unserer freiheitlichen Demokratie zugunsten eines islamischen Kalifats⁵ mitsamt der Einführung der Scharia gefordert wurde, sind deutliche Warnsignale, auf die staatlicherseits bisher nicht hinreichend reagiert wurde.

Bei Demonstrationen in Berlin zogen zuletzt mehrere tausend Personen durch die Straßen und forderten Israels Vernichtung. Dabei wurden Polizisten beschimpft, bespuckt und mit Böllern, Flaschen und Steinen beworfen. Das Leiden der Bevölkerung in Gaza dient den Gewalttätern dabei nur als Vorwand, um ihren Hass auf den deutschen Staat, dessen Repräsentanten und die gesamte deutsche Gesellschaft, insbesondere auf unsere jüdischen Mitbürger, auszuleben. Sie verachten und beschädigen mit ihrem Handeln unseren Rechtsstaat und sehnen sich nach einer Islamisierung. Bei jeder Demonstration werden islamische Parolen gegrölt. Der Nahost-Konflikt wird dabei erkennbar nur als Vehikel benutzt, um neue Anhänger zu rekrutieren und die Islamisierung von Staat und Gesellschaft voranzutreiben. Die von ihnen herbeigesehnten Staats- und Gesellschaftsmodelle ähneln dabei nicht demokratischen Rechtsstaaten wie der Bundesrepublik Deutschland oder Israel, sondern einem autoritär durch einen religiösen Führer beherrschten Kalifat, in dem ausschließlich islamisches Recht, die Scharia, gilt. Um zu verhindern, dass religiöse Extremisten ihr Gift insbesondere in die Köpfe der noch nach Orientierung suchenden Jugend spritzen, muss der Staat daher Stärke zeigen, den Anhängern uns völlig fremder Staatsformen die Grenzen aufzeigen und deutlich machen, dass sie ihren Traum von einem Kalifatstaat in der Bundesrepublik niemals werden verwirklichen können.

Die Beobachtung islamistisch-extremistischer Organisationen durch den Verfassungsschutz ist nicht ausreichend, um den Einfluss dieser Vereine und Gruppierungen auf die Radikalisierung junger Menschen zu verhindern. Vielmehr müssen Verbote geprüft und gegebenenfalls unverzüglich umgesetzt werden, um einer bereits in vollem Gang befindlichen verhängnisvollen Entwicklung wirksam entgegenzutreten. Die Liste islamistischer Organisationen, die in Niedersachsen ansässig sind oder in unserem Land ihren Einfluss geltend machen, ist lang.

In Hannover ist die pro-palästinensische Gruppe „Intifada Hannover“ schon mehrfach mit israelfeindlichen und antisemitischen Protesten aufgefallen. Sie betreibt ihre antiisraelische Propaganda u. a.

⁵ <https://www.radio-hannover.de/hannover-news/steintor-propalaestininensische-demonstration-darf-nach-verbot-doch-stattfinden>

mit der Parole „From the River to the Sea“ (Vom Fluss [Jordan] bis ans Meer). Diese Parole steht dafür, dass dem einzigen demokratischen Rechtsstaat in der Region, Israel, das Existenzrecht abgesprochen wird.

Zuletzt rief „Intifada Hannover“ zu einer Versammlung am 9. November 2024 unter dem Motto „Freiheit für Gaza“ in Hannover auf. Im Verlauf der Veranstaltung waren nicht nur antisemitische Rufe aus der Gruppe heraus zu hören. Es wurden auch die gezielten Angriffe auf Israelis und Juden am Rande eines Spiels in der Europa League zwischen Ajax Amsterdam und Maccabi Tel Aviv in der Nacht zum 8. November gutgeheißen und bejubelt.

Die „Generation Islam“ versucht in Deutschland eine gesellschaftliche Spaltung zu bewirken. Sie setzt dabei insbesondere auf das Ködern junger deutscher Muslime. Bereits 74 400 Menschen folgen der Instagram-Seite von „Generation Islam“. Dort wird einseitige Propaganda betrieben und der islamische Opfermythos gepflegt. So ist u. a. vom „Täter Israel“ und „antiislamischer Hetze“ die Rede.⁶

Die Muslimbruderschaft in Deutschland und ihre Ableger sind Vertreter der ursprünglich in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft. Nach Repressalien in Ägypten und Syrien gegen diese islamistische Bewegung flohen zahlreiche Vertreter u. a. nach Deutschland und kämpften seither in unserem Land für die Islamisierung Europas. Ihr erheblicher Einfluss auch in Niedersachsen zeigt sich etwa darin, dass der Landesverband Niedersachsen des Zentralrats der Muslime seit seiner Gründung im Jahr 2015 von einer Person geleitet wird, die bis zum Jahr 2018 auch Sprecher einer maßgeblich von syrischen Muslimbrüdern geprägten Organisation war. Der Zentralrat seinerseits hat Verbindungen zum Islamkolleg, an dem in Osnabrück Imame ausgebildet werden. Die islamische Ausbildungsstätte geriet zuletzt in die Schlagzeilen, weil sie auf Kosten des Steuerzahlers einen Imam ausbildete, der den Sicherheitsbehörden seit Jahren als Islamist bekannt ist und in einer Moschee predigt, die Anhänger einer Bewegung beherbergt, die für ein globales Kalifat streiten.⁷

Die marxistisch-leninistisch geprägte „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) verfolgt das Ziel, den Staat Israel gewaltsam zu beseitigen. Sie arbeitet hierfür mit anderen terroristischen Organisationen wie der Hamas und der Hisbollah zusammen. Die PFLP verübte in der Vergangenheit bereits zahlreiche Anschläge und Flugzeugentführungen, darunter in enger Abstimmung mit der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) im Oktober 1977 die Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“.

Auf Demonstrationen der Gruppierung „Muslim Interaktiv“ wurden Plakate gezeigt, auf denen Slogans wie „Deutschland Wertediktatur“ oder „Kalifat ist die Lösung“ zu lesen war. Auch wurden die Demonstranten mehrfach von den Organisatoren zu „Allahu Akbar“-Rufen („Gott ist groß“) aufgefordert. Redner warfen Politik und Medien „billige Lügen“ und „feige Berichterstattung“ vor, mit denen vor dem Hintergrund des Gaza-Kriegs angeblich alle Muslime in Deutschland als Islamisten gebrandmarkt werden sollten. Genauso wie die Gruppierungen „Realität Islam“ und „Generation Islam“ steht „Muslim Interaktiv“ der in der Bundesrepublik verbotenen islamistischen „Hizb ut-Tahrir“ (HuT) nahe, die Gewaltanwendung befürwortet und zum Töten von Juden aufgerufen hatte. Gemeinsam bilden sie laut Verfassungsschutz ein „informelles HuT-Netzwerk“.

Bei den Aktivitäten dieser Organisationen sind die Grenzen des grundgesetzlich gesetzten Rahmens überschritten. Daher muss unsere Demokratie ihre Wehrhaftigkeit unter Beweis stellen, um ein klares Zeichen dafür zu setzen, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung unter keinen Umständen zur Disposition steht.

Zurzeit ist es nur sehr begrenzt möglich, finanzielle Zuwendungen an muslimische Verbände aus dem Ausland und den Erwerb von Immobilien durch Islamisten zu verhindern. Eine Kontrolle der Finanzflüsse und die Verhinderung des weiteren Erwerbs von Immobilien sind jedoch von herausragender Bedeutung, um die zunehmende Ausbreitung des islamischen Extremismus in Deutschland und Niedersachsen zu verhindern. Dieses ist umso wichtiger, da die Bedrohungslage in Deutschland und in Europa, auch befeuert durch die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten, weiterhin angespannt ist.

⁶ <https://web.de/magazine/politik/generation-islam-gruppierung-steckt-38876692>

⁷ <https://www.bild.de/politik/inland/islamist-auf-staatskosten-ausgebildet-skandal-an-faersers-islam-kolleg-66fe6173fc1bc97658be93d0>

Wie auch bei anderen sicherheitspolitischen Herausforderungen sind im Bereich des Islamismus rein repressive Mittel nicht ausreichend, um den Begleiterscheinungen der illegalen Massenmigration nach Deutschland und Niedersachsen effektiv zu begegnen.

Notwendig sind daher auch präventive Maßnahmen zur Eindämmung dieser gefährlichen Entwicklung. Die Attraktivität des Islamismus in manchen jugendlichen Milieus in Deutschland muss als gesamtgesellschaftliches Problem betrachtet werden. Die Präventionsarbeit kann daher nicht allein durch die Sicherheitsbehörden geleistet werden. Erforderlich ist auch eine entsprechende schulische Bildungs- und Sozialarbeit mit dem Schwerpunkt Radikalisierung im Themenfeld Islamismus, sowohl für die Grundschulen als auch für die Sekundarstufen.

Auch der „Kampf gegen Rechts“ muss kritisch beleuchtet und auf den Prüfstand gestellt werden. Nicht nur, dass die Gefahr fehlgewichteter Prioritätensetzungen besteht, indem der Kampf gegen islamistische Extremisten in unverantwortlicher Weise vernachlässigt wird. Es werden Extremisten auch geradezu dazu angeleitet, gegen Repräsentanten des Staates Israel vorzugehen, die als „rechts“ oder gar „rechtsextrem“ und „faschistisch“ verunglimpft und damit als Ziel des Kampfes gegen Rechts markiert werden. Vor diesem Hintergrund sind auch die Anschläge auf die israelische Botschaft in Berlin, die wieder einmal nur dank ausländischer Geheimdienste durchkreuzt werden konnten⁸, und die Proteste extremistischer Gruppierungen wie „Intifada Hannover“ gegen Auftritte des israelischen Botschafters zu sehen⁹, die letztlich nichts anderes darstellen, als die praktische Ausführung eines undifferenzierten Kampfes gegen alle rechten Positionen. Sowohl Islamisten als auch deutsche Linksextremisten werden so ermutigt, ihren Kampf gegen die westliche Zivilisation auch mit gewalttätigen Mitteln weiterzuführen.

Jens-Christoph Brockmann

Parlamentarischer Geschäftsführer

⁸ <https://www.tagesspiegel.de/politik/vereielter-terroranschlag-in-berlin-abgelehnter-asylbewerber-wegen-mutmasslicher-anschlagsplanung-in-u-haft-12564290.html>

⁹ <https://www.haz.de/der-norden/hannover-demo-gegen-israels-botschafter-ron-prosor-irritiert-juden-CGZP537S4ZBNVK3BLXLI247EYA.html>